

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 1204 DB
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 888 646 pbbn d



Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages, fordert am Vorabend der Genfer Abrüstungsgespräche: Regelmäßige Treffen als Minimalbedingung.

Seite 1

Michael Müller MdB kommentiert die Auseinandersetzungen um das österreichische Donaukraftwerk Hainburg: Waldszene in der Stopfenreuther Au.

Seite 3

Professor e.h. Dr. Robert M.W. Kempner erinnert an den kürzlich in Californien verstorbenen deutschen Sozialwissenschaftler Professor Walter Friedländer: Ein Hitler-Gegner, der in den USA neue Aufgaben fand.

Seite 5

40. Jahrgang / 2

3. Januar 1985

Regelmäßige Gipfel der Staatschefs sind Minimalbedingung

Forderung an das Treffen zwischen Gromyko und Shultz

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die große Aufmerksamkeit, die sich auf das Treffen zwischen den Außenministern Gromyko und Shultz am 7. und 8. Januar in Genf richtet, zeigt, daß immer noch als etwas besonderes gilt, was wieder zum normalen Alltag der Ost-West-Beziehungen werden muß: Regelmäßige Treffen zwischen den Außenministern der beiden nuklearen Weltmächte.

Ebenso selbstverständlich wie regelmäßige Treffen zwischen den beiden Außenministern sollten aber auch Begegnungen zwischen den Staats- und Regierungschefs aus Ost und West und insbesondere zwischen den Staatschefs der USA und der Sowjetunion werden. Solche regelmäßigen Gipfeltreffen sind eine Minimalbedingung für eine friedensfördernde politische Infrastruktur in den Ost-West-Beziehungen. Deshalb sollten die beiden Außenminister Gromyko und Shultz in Genf vereinbaren, daß in Zukunft der Präsident der Vereinigten Staaten und der Staatschef der Sowjetunion sich regelmäßig, aber mindestens einmal im Jahr treffen.

Präsident Reagan ist in seiner ersten vierjährigen Amtsperiode kein einziges Mal mit einem Staatschef der Sowjet-



union zusammengetroffen. Weder kennt Präsident Reagan die Sowjetunion persönlich, noch kennt Staats- und Parteichef Tschernenko die Vereinigten Staaten. Es gibt für diesen bedauerlichen Zustand der nun schon seit Jahren andauernden Kontaktsperre zwischen den beiden mächtigsten Männern in Ost und West viele Erklärungen aber keinen Grund, der zu überzeugen vermag. In Wirklichkeit ist dieser Zustand, der zu Unrecht heute weithin für normal gehalten wird, unerträglich für die internationale Staatengemeinschaft.

Wer die Vereinigten Staaten nicht persönlich kennt, läuft bereits als westeuropäischer Politiker Gefahr, Stellungnahmen amerikanischer Präsidenten und ihrer Berater falsch einzuordnen und unangemessen auf sie zu reagieren. Um wieviel größer ist dieses Risiko für diejenigen Mitglieder der sowjetischen Führung, die die Vereinigten Staaten nur aus den Berichten der sowjetischen Botschaft und des sowjetischen Geheimdienstes kennen. Aber das gleiche gilt für einen Präsidenten Reagan, der Westeuropa kaum und die Sowjetunion überhaupt nicht kennt. Es gibt viele tausende sachkundiger Berater, aber entschieden wird gegenwärtig an der Spitze auf Grund politischer Vorurteile. Auch hier gilt der zynische Kommentar: Je geringer die Detailkenntnis, desto unerschütterlicher die Grundüberzeugungen.

Eigentlich müßte es zur Normalität gehören, daß ein Amerikaner, der nur den Westen, nicht aber Osteuropa und die Sowjetunion kennt, überhaupt keine Chance hätte zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt zu werden. Entsprechende Anforderungen sind selbstverständlich an einen Staatschef der Sowjetunion zu richten.

Die Verbündeten der beiden klaren Weltmächte haben leider keinen Einfluß darauf, wer zur Führung ihrer jeweiligen Bündnisvollmacht bestimmt beziehungsweise gewählt wird. Trotzdem haben die Europäer in Ost und West das politische Recht und im Interesse des Friedens sogar die Pflicht auf ein politisches Verhalten der beiden nuklearen Weltmächte zu drängen, das nicht von nationalem Prestigedenken und Vormachtstreben, sondern von ihrer gemeinsamen Verpflichtung für die Erhaltung des Friedens bestimmt wird. Daran zu erinnern ist am Beginn dieses Jahres mehr denn je notwendig.

(-/3.1.1985/rs/ks)

+ + +



Waldszene in der Stopfenreuther Au

Das österreichische Donaukraftwerk Hainburg als Lernstück

Von Michael Müller MdB

Unweit der österreichischen Hauptstadt Wien will die dortige Bundesregierung über den Betreiber DoKW ein Donauwasserkraftwerk Hainburg errichten. Die Regierung versteht diese Maßnahme als Ersatz für das nach einem Volksbegehren nicht weiter verfolgte Atomkraftwerk Zwentendorf. Dazu sollten Ende des Jahres in der Stopfenreuther Au - dem letzten zusammenhängenden Urwaldgebiet Europas - 1,2 Millionen Bäume abge-sägt werden. Seit geraumer Zeit läuft gegen dieses zwischenzeitlich auch unter energiepolitischen Gesichtspunkten fragwürdige Projekt der Protest der Umweltschützer, der zur Einreichung eines Volksbegehrens führte, das den Namen des Nobelpreisträgers Konrad Lorenz trägt und das im März '85 durchgeführt werden soll.

Trotz des festgesetzten Termins im März verdichteten sich Ende November 1984 die Hinweise auf den unmittelbar bevorstehenden Beginn einer Rodung dieser einzigartigen Urwaldlandschaft. Anfang Dezember wurde die Stopfenreuther Au "besetzt", um das Herbeiführen vollendeter Tatsachen vor der Durchführung des Volksbegehrens zu verhindern.

Doch die Regierung, gestellt von SPÖ und Freiheitlicher Partei, hat die Bedeutung des Falls Hainburg verkannt. In leider auch aus der Bundesrepublik bekannter Methode wurden die Umweltschützer zu "Chaoten" erklärt. Statt Lernfähigkeit zu zeigen, sollte "Härte und Durchsetzungsfähigkeit gegen den Druck der Straße" gezeigt werden. Und auch der Gewerkschaftsbund war nicht unbeteiligt daran, daß sich die Situation hochschaukelte. Entgegen beruhigenden Versprechungen seitens der Administration kam es am 19. Dezember zu dem anschließend von allen Parteien bedauerten Zusammenstoß zwischen Polizei und Umweltschützern.

Mehrere hundert Bäume wurden gefällt bis Barrikaden der Aubesetzer weitere Zerstörungen stoppten. Die österreichische Regierung wurde von den negativen Reaktionen in der Öffentlichkeit überrascht. Insbesondere in der FPÖ drohten Politiker mit Aufkündigung der Koalition und die oppositionelle ÖVP versuchte sich als Umweltpartei zu profilieren. Bundeskanzler Sinowatz blieb gar nichts anderes übrig, als vernünftigerweise einen "Weihnachtsfrieden" zu verkünden und über den Sinn von Hainburg nachzudenken, zumal auch Bundespräsident Kirchschräger und Kardinal König vor einer Zuspitzung des Konflikts warnten.

Zweifellos hat sich die SPÖ mit ihrer verdienstvollen Tradition als sozialer Kraft mit der österreichischen Umweltbewegung die politisch sehr heterogen ist und auch viel stärker von einem ausschließlichen "Boden- und Naturdenken" bestimmt wird, schwer getan. Da ist zum Beispiel Günther Nennung, der Herausgeber des "FORUMS" als ewig besserwissender Rechthaber, der nach langjähriger Ausrichtung auf die Arbeiter-



bewegung, sich jetzt als in der Wolle gefärbter Grüner versteht und die Abrechnung mit der SPÖ sucht. Oder der Erzkonservative Quizmaster Hans Rosenthal, der für Hainburg eintritt, ebenso Udo Jürgens oder André Heller, der im Kaffeehausstil natürlich immer im Trend liegt. Dennoch wäre es für die SPÖ fatal, eine Spaltung zwischen sozialen und umweltpolitischen Interessen aufzubauen.

Deshalb ist die angekündigte Überdenkungsphase angesichts einer zerstörerisch werdenden Wachstumsentwicklung ein Schritt in die richtige Richtung, um zu einer drastischen Minderung des Natur- und Rohstoffverbrauchs zu kommen. Trotz aller historischen und sozialen Verdienste würde jene Politik scheitern, die nicht die Harmonisierung von Umwelt durch die Kontrolle der Investitionen und die ökologische Gestaltung der Wirtschaft erreicht. Im Falle Hainburg heißt das, auf den Bau zu verzichten und andere energiepolitische Lösungen, vor allem die Einsparungen, bei diesem auch in der Dimension fragwürdigen Energieprojekt zu suchen. Kreativität und Zukunftsverantwortung heißen nicht mehr ungehemmte Entfaltung der Produktivkräfte, sondern eine angepasste, qualitative Wachstumsorientierung. Umweltsicherung muß zur zentralen Vorgabe der wirtschaftlichen Prozesse werden.

Andererseits darf sich eine neue ökologische Rationalität nicht auf die Kategorie "Erhaltung der Natur" als einzig oberes Gebot beschränken, dies würde den Positionen der Aufklärung und der Sicherung der sozialen Solidarität widersprechen. Deshalb wäre eine Spaltung zwischen Arbeit und Umwelt fatal und würde eine demokratische und soziale Weiterentwicklung blockieren.

Die SPÖ kann auf viele verdienstvolle Leistungen zurückblicken. Sie sollte daraus die Kraft finden, zu einem Vorreiter der Umweltpolitik zu werden: Hainburg nicht bauen und Donau-March-Thaya-Auen zum Nationalpark machen. (-/3.1.1985/rs/ks)

+ + +



Zum Tode von Professor Walter Friedländer

Der von Hitler vertriebene Sozialwissenschaftler hatte in den USA einen neuen Wirkungsbereich gefunden

Von Professor e.h. Dr. Robert M.W. Kempner

Der kürzlich im Alter von 93 Jahren in Berkeley, Californien, verstorbene emeritierte Professor für Sozialwissenschaften, Walter Friedländer, ist in Deutschland bis zu seiner Austreibung durch das Hitlerregime im Jahre 1933 - er wurde Professor an der Universität von Chicago und später an der Universität von Californien - durch seine Tätigkeit als Stadtrat des Berliner Bezirks Prenzlauer Berg und Leiter des dortigen Jugend- und Wohlfahrtsamtes sowie als Dozent der Schule der Arbeiterwohlfahrt weit bekannt geworden. Sein Jugend- und Wohlfahrtsamt verkörperte ein Stück Berliner Sozialgeschichte, dessen Schöpfer Friedländer war.

Zwischen dem Alexanderplatz in Berlin und Weissensee liegt der Bezirk Prenzlauer Berg mit einer Bevölkerung von circa vierhunderttausend Personen, meist Arbeitern. Er war einer der zwanzig Stadtbezirke der früheren Reichshauptstadt; jetzt gehört er zu Ostberlin. Zur Zeit der Weimarer Republik war der Prenzlauer Berg durch Friedländer für sein fortschrittliches Jugend- und Wohlfahrtsamt bekannt, worauf damals schon Manfred George, der spätere Chefredakteur des New Yorker "Aufbau" hingewiesen hatte. Otto Ostrowski war bis zu seiner Entlassung Bezirksbürgermeister gewesen (SPD); nach dem Kriege war er eine Zeitlang Bürgermeister der damals noch nicht geteilten Stadt Berlin.

Einer seiner Mitarbeiter war das spätere Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei, Fritz Erier. Ihre Arbeit endete vor gut fünfzig Jahren mit dem Beginn des Hitlerregimes, als die Entlassung, Inhaftierung, Erniedrigung von liberalen, sozialdemokratischen, jüdischen und anderen "unliebsamen" Beamten begann. Nur wenige konnten im Reich weitervegetieren, wie der Fürsorger im Jugendamt, Franz Neumann, nach dem Kriege Vorsitzender der Berliner SPD, oder die leitende Fürsorgerin Elia Kay, die nach 1945 dem Magistrat als Senatorin für Jugendangelegenheiten angehörte.

Es ist ein interessantes Phänomen, daß ein namhafter Teil der hinausgesetzten Angehörigen des Jugend- und Wohlfahrtsamtes vom Prenzlauer Berg in den Jahren nach Beginn des Hitlerterrors, meist mit Umwegen, und zwar vor allem nach USA auswanderte. Von keiner früheren deutschen Behörde fand eine so große Gruppe eine neue Heimat und oft sehr erfolgreiche Tätigkeit in den USA.

Professor Walter Friedländer war seinen zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in der ganzen Welt zerstreut, ein vorbildlicher Vorgesetzter und Freund. Er war auch ein langjähriges Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
(-/3.1.1985/rs/ks)

+ + +

